

Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU-neue Mitgliedsstaaten:

LITAUEN

Bela M. Hollos

Wien, November 2004

Inhaltsverzeichnis:

1. Allgemeine politische und wirtschaftliche Entwicklung	3
1.1 Geschichte, Politik und Verwaltung	3
1.2. Wirtschaft.....	3
1.3. Verwaltung.....	4
2. Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen	5
2.1. Abfallwirtschaft	5
2.2. Bildung.....	5
2.3. Energiewirtschaft.....	6
2.4. Gesundheit	8
2.5. Kultur	9
2.6. Medien	10
2.7. Pensionen.....	10
2.8. Post.....	11
2.9. Sicherheit.....	11
2.10. Telekommunikation	12
2.11. Verkehr	12
2.12. Wasser und Abwasser	13
2.13. Wohnen	14
3. Quellennachweis	16
4. Weiterführende Links.....	17

1. Allgemeine politische und wirtschaftliche Entwicklung

Das Staatsgebiet von Litauen umfasst 65.300km², das Land hat 3,45 Mio. EinwohnerInnen. Der baltische Staat liegt mit einem 90km breiten Küstenabschnitt an der Ostsee, grenzt im Süden an die russische Exklave Kaliningrad und an Polen, ebenfalls im Süden und im Osten an Weißrussland und im Norden an Lettland. Die drei größten Städte sind die Hauptstadt Vilnius sowie Kaunas und die Hafenstadt Klaipeda. Litauen wird von 29.000 Gewässern durchzogen, der längste Fluss ist der stark verschmutzte Nemunas mit 950 km Länge.

1.1 Geschichte, Politik und Verwaltung

In seiner wechselvollen Geschichte wurde das Land mehrmals von benachbarten Großmächten besetzt. Im März 1990 erklärte das Land als erster baltischer Staat seine Unabhängigkeit. Moskau reagierte mit einer Wirtschaftsblockade und im Januar 1991 erstürmten Einheiten der Sowjetarmee die litauische Fernsehanstalt. 14 Menschen kamen dabei ums Leben. Nach den blutigen Ereignissen im Januar sprach sich eine überwältigende Mehrheit der litauischen Bevölkerung in einer Volksabstimmung am 9.2.1991 für die Wiederherstellung eines unabhängigen litauischen Staates aus. Die Anerkennung durch Russland folgte im August 1991 nach dem gescheiterten kommunistischen Putschversuch in Moskau. Am 17.9.1991 wurde Litauen Vollmitglied der Vereinten Nationen.

Im Oktober 1992 fanden die ersten freien Wahlen zum „Seimas“ (Parlament) statt, dabei erhielt die „Demokratische Arbeiterpartei Litauens“, die Nachfolgerin der Kommunisten, die absolute Stimmenmehrheit. Am selben Tag wurde in einem Referendum die erste Verfassung in der Geschichte des Landes angenommen. Litauen ist eine parlamentarische Republik mit einem starken präsidentialen Element. Der Präsident wird direkt vom Volk gewählt, seine Amtszeit beträgt fünf Jahre, neben repräsentativen Aufgaben verfügt über weitreichende Befugnisse: er bestimmt den Kurs der Außen- und Sicherheitspolitik, ernennt den Premierminister auf eigenen Wunsch, alle anderen Minister auf Vorschlag des Premiers. Er schlägt die Richter des Obersten Gerichtshofs vor und ernennt alle anderen Richter. Außerdem kann er die litauische Staatsbürgerschaft verleihen. Am 15. Februar 1993 ging Algirdas Brazauskas als Sieger aus den allgemeinen freien Präsidentschaftswahlen hervor.

Bei den Parlamentswahlen im Oktober 1996 konnte die konservative Vaterlandsunion die Hälfte aller Mandate erreichen. 1998 wurde der konservative Valdas Adamkus neuer Staatspräsident. Bei den Seimas-Wahlen 2000 kam es zu einem erneuten Machtwechsel. Das sozialistisch-sozialdemokratische Bündnis des ehemaligen Präsidenten Brazauskas erreichte über 30% und führte die neue Regierungskoalition an. Das Präsidentenamt hat seit Juni 2004 wieder Adamkus inne, nachdem Rolandas Paksas wegen Verstößen gegen die Verfassung seines Amtes enthoben wurde.¹

Aus den Seimas-Wahlen im Oktober 2004 ging die linkspopulistische Arbeitspartei des russischstämmigen Millionärs Viktor Uspaskich als stärkste Kraft hervor. Bei den Koalitionsverhandlungen zeichnet sich aber eine Koalition des regierenden linksliberalen Bündnisses unter Brazauskas mit den Konservativen unter Andrius Kubilus sowie den Liberalen ab. Die anderen Parteien befürchten, dass Uspaskich, ein ehemaliger Manager der russischen „Gazprom“, Litauen von seinem prowestlichen Kurs abbringen könnte.

1.2. Wirtschaft

Nach dem 2. Weltkrieg wurde das traditionelle Agrarland Litauen rasch industrialisiert. Die Auswahl der Industrien richtete sich allerdings nach den Bedürfnissen der Sowjetunion und nicht nach den Bedürfnissen oder Ressourcen der Teilrepublik. Das Arbeitsplatz- und

¹ Paksas hatte einen umstrittenen russischen Geschäftsmann als PR-Berater engagiert

Arbeitskräftegleichgewicht zwischen Stadt und Land verschob sich zugunsten der städtischen Industriezentren. Zusätzlich erfolgte eine gesteuerte Immigration von 3.000-7.000 ExpertInnen (FacharbeiterInnen, IngenieurInnen) pro Jahr aus allen Teilen der Sowjetunion, hauptsächlich aber RussInnen. Der litauische Bevölkerungsanteil ging durch diese gezielte Immigration und durch eine niedrige Geburtenziffer kontinuierlich zurück.

Nach der Unabhängigkeit Litauens wurde rasch mit ökonomischen Reformen begonnen. Prioritär war dabei die Privatisierung der litauischen Wirtschaft. In einer ersten Privatisierungswelle von 1991-95 wurden nach Angaben der staatlichen Privatisierungsagentur 86% der staatlichen Industriebetriebe durch Ausgabe von Bezugsscheinen privatisiert. In der zweiten Privatisierungsphase von 1996 bis zur Gegenwart wurden die Betriebe direkt oder über die Börse verkauft.

Litauen hat 2003 mit fast 9 % das stärkste Wirtschaftswachstum in Europa. Den größten Wachstumsbeitrag lieferten das produzierende Gewerbe, die Bauindustrie, der Energiesektor, die Wasserwirtschaft und Warenhäuser. Die Außenhandelsbilanz ist negativ, verbesserte sich aber 2003 durch einen Anstieg der Exporte um 25,9% gegenüber einem Anstieg der Importe 9,5%. Ausländische Direktinvestitionen gleichen die negative Leistungsbilanz Litauens aus. Sie stiegen 2003 um 23,7% gegenüber 2002. Die meisten Investments kamen aus Dänemark, Schweden, Deutschland, Estland und aus den USA und betrafen das produzierende Gewerbe, den Handel, Kommunikations- und Finanzdienstleistungen. Für 2004 und 2005 rechnet die EU-Kommission mit einem anhaltend hohen Wachstum von 6 bis 6,5 %, wobei die Importe stärker wachsen werden als die Exporte.

Die Arbeitslosigkeit sank in den letzten Jahren von über 16 % (2001) auf 11,5 % 2004. Das jährliche Beschäftigungswachstum beträgt deutlich über 1 %. Die Durchschnittsgehälter unselbständig Beschäftigter betragen durchschnittlich € 320 und steigen jährlich um etwa 6 % bei einer Inflation, die deutlich unter dem EU-Niveau liegt. 2002 und 2003 gab es sogar eine Deflation von rund 1 %. Litauen rechnet, 2006 oder 2007 die Konvergenzkriterien für einen Beitritt zur Euro-Zone zu erfüllen.² Angesichts der niedrigen Inflation, einem öffentlichen Haushaltsdefizit von 2,8 % heuer und 2,6 % 2005 sowie einem öffentlichen Schuldenstand von rund 23 % gemessen am BIP sollte das kein Problem werden.

1.3. Verwaltung

In Litauen gibt es 10 große Landkreise („Apskritis“) mit 44 Gemeindebezirken. Die Gouverneure der Landkreise werden auf Empfehlung des Premierministers bestellt. Zusätzlich zu den 44 Gemeindebezirken gibt es 16 Städte mit Selbstverwaltung.

Im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen entscheidet der Gemeinderat über die Rechtsform der Dienstleistungserbringung: eine Vollprivatisierung kommunaler Unternehmen ist dabei ebenso möglich wie die Errichtung von Public-Private-Partnerships oder die Erbringung der Dienstleistung durch ein öffentliches Unternehmen bzw. eine Behörde.

Im technischen Sinne unterstützt werden der Gemeinderat, der Vorsitzende und die Exekutivbehörde durch die Gemeindeadministration, die einem Administrator untersteht. Der Gemeindevorsteher wird vom Gemeinderatsvorsitzenden (Bürgermeister) bestellt.

² Estland, Litauen und Slowenien wurden im Juni 2004 in den Wechselkursmechanismus II (WKM II) aufgenommen, der eine Vorstufe zur Teilnahme an der Währungsunion darstellt.

2. Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen

2.1. Abfallwirtschaft

Insgesamt wurden für die zehn neuen Mitgliedstaaten der EU im Bereich der Abfallwirtschaft 19 Übergangsfristen zu unterschiedlichen Rechtsakten vereinbart. Diese Übergangsfristen betreffen die Verpackungsrichtlinie (94/62/EG), die Deponierichtlinie (1999/31/EG), die Abfallverbrennungsrichtlinie (2000/76/EG), die Richtlinie über die Verbrennung gefährlicher Abfälle (94/67/EG) und die EG-Abfallverbringungsverordnung (259/93/EWG).³

Für einige der neuen Mitgliedstaaten waren für den Bereich Abfallverbringung Übergangsregelungen vereinbart worden, dadurch besteht die Gefahr der Müllverbringung in die neuen Mitgliedstaaten zu Lasten der Umwelt. Für Litauen besteht keine Übergangsregelung. Seit dem 1.5.2004 gelten die Vorschriften der EG-Abfallverbringungsverordnung für alle grenzüberschreitenden Verbringungen von Abfällen, die verwertet oder beseitigt werden sollen. Für Litauen besteht lediglich eine Übergangsfrist für die stoffliche Verwertung von Metallen und Kunststoffen und eine bis 2006 gestaffelte gesetzliche Verwertungsquote.

In Litauen nimmt die Menge der Haushaltsabfälle rasch zu. Der überwiegende Teil wird nicht aussortiert und gelangt unbehandelt auf Deponien. 1999 fielen in Litauen 105.600t gefährlicher Abfälle an. Ein ungelöstes Problem stellen alte und mittlerweile verbotene Pestizide sowie die Entsorgung von Spitalsabfällen dar. Die Lagerung radioaktiver Abfälle in Maisiagala entspricht nicht heute geltenden Sicherheits- und Umweltstandards.

Die Mehrzahl der 680 kleinen, 120 mittleren und 35 großen Mülldeponien Litauens entspricht nicht den EU-Umwelt- und Hygienestandards. Diese müssen bis 2009 geschlossen bzw. durch neue Deponien ersetzt werden, es sollen lediglich 12 bis 13 große Deponien übrigbleiben.

Die Verantwortung für die Abfallentsorgung liegt bei den Gemeinden, ebenso die Entscheidung in welcher (Unternehmens-)Form die Leistungen erbracht werden, ob durch eine Behörde, ein öffentliches oder privates Unternehmen, als PPP oder gar durch eine Konzession. Generell gibt es noch großteils keinen Einstieg von internationalen Unternehmen im litauischen Abfallmarkt, lediglich „Cleanaway“ hat über den estischen Markt einen Fuß in der Tür, ebenso wie einige skandinavische Abfallentsorger. Umwelttechnologieunternehmen aus Skandinavien erhalten bereits öfters Beraterverträge, denn bei der Finanzierung von Umweltinvestitionen im Abfallbereich sind vor allem skandinavische Banken und Umweltfonds mit günstigen bis zinslosen Krediten hilfreich.

2.2. Bildung

In Litauen ist die Schulpflicht wie auch der kostenfreie Zugang zu höherer Schulbildung nicht nur gesetzlich, sondern sogar in der Verfassung geregelt.

Schulpflicht beginnt im Alter von 7 Jahren (6 und 8 Jahre sind möglich) in den Primär- und Grundschulen und dauert bis zum Alter von 16 Jahren in den Sekundarschulen, Berufsschulen (Jugendschulen, „Jaunimo mokykla“), Spezialschulen und Unterstufen der Gymnasien. Vorschulische Erziehung gibt es ab dem Alter von 1 bis 5 in den Kindergärten, ab dem 6. Geburtstag ist der Besuch einer Vorschule möglich.

Daneben gibt es zwei- bis vierjährige, mit dem US-amerikanischen College vergleichbare Schulen, „Aukštesnioji mokykla“, die eine abgeschlossene Sekundarschule voraussetzen. Auf der Basis der spezialisierteren College-Ausbildung können idealerweise „Kollegien“ (Anm.: vergleichbar den Fachhochschulen) besucht werden. Die universitäre und

³ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Deutschland): Leitfaden Abfallwirtschaft und EU-Erweiterung, S.7

Fachhochschulausbildung wurde dem in der EU üblichen System angeglichen. Das Hochschulsystem ist dreistufig mit den Abschlüssen Bakkalaureat, Magister oder Doktor.

Für den Bereich der Erwachsenenbildung gibt es eigene Erwachsenenschulen, Trainingszentren, „Offene Universitäten“ etc. Lerninhalte und Lerngeschwindigkeit können mit Hilfe von Modulen dem Interesse und der Lernfähigkeit angepasst werden. Auf der Basis abgeschlossener Module kann auch der Wiedereinstieg in die formale Schulausbildung erfolgen.

Die handelnden Personen und Institutionen in der Verwaltung des Schul- und Ausbildungssektors sind das Parlament, das Ministerium für Bildung und Wissenschaft sowie anderen Ministerien, Regierungsinstitutionen, Landkreisvorsitzende, gemeindeeigene Institutionen, Schulstifter und SchuldirektorInnen. Lediglich die formale Schulausbildung wird vom Staat verwaltet, informelle Schulausbildung und höhere Bildungseinrichtungen genießen vom Staat garantierte Autonomie.

Der Betrieb privater Schulen ist in Litauen prinzipiell gestattet, die Genehmigung erteilt je nach Art der Schule bzw. der Ausbildung das Unterrichtsministerium, der Landkreisverwalter oder der Gemeindevorsteher. Die katholische Kirche oder jede andere vom Staat anerkannte religiöse Organisation erhält vom Unterrichtsministerium eine generelle Lizenz für die Schulausbildung.

Auf der Ebene der Vorschulen können die Eltern des Kindes jede staatliche, nicht-staatliche oder gemeindeeigene Vorschule für ihr Kind auswählen. Grundsätzlich wird finanzielle staatliche Unterstützung bis zur Erreichung der Schulreife gewährt. Im Jahr 2001 gab es 5 private Vorschulen in Litauen mit insgesamt 283 SchülerInnen. Die gleiche Regelung gilt auf der Ebene der Primärstufe. 2001 gab es 3 private Primärschulen mit 110 Kindern sowie 2 „Kindergartenschulen“ (Darželis-mokykla) mit 51 Kindern in Betrieb. Im Bereich der Sekundarstufe gab es 12 private Sekundarschulen und ein privates Gymnasium. Diese dienen zumeist als Ergänzung zu den staatlichen Schulen entweder hinsichtlich des Lehrplans mit besonderen Lerninhalten oder hinsichtlich der Unterrichtsform.

Größer ist der Anteil privater Schulen in der weiterführenden Bildung und hier vor allem im Bereich der Fachhochschulen. 2001/2002 gab es 9 nicht-staatliche Colleges („Aukštesnioji mokykla“) mit 3.677 StudentInnen, 9 nicht-staatliche „Kollegien“ (Fachhochschulen, „Colleges Kolegija“) mit 1.914 StudentInnen gegenüber 7 staatlichen Kollegien, und 4 nicht-staatliche Universitäten mit 947 StudentInnen gegenüber 15 staatlichen Universitäten.

2.3. Energiewirtschaft

Nach der Unabhängigkeit Litauens wurde 1991 das Energieunternehmen „Lietuvos Valstybinė Energetikos Sistema (LPS)“ geschaffen, das im Dezember 1995 zur Aktiengesellschaft „Lietuvos Energija (LE)“ umgewandelt wurde.

„LE“ war ein vertikal integriertes Unternehmen, das sämtliche Aufgaben von der Stromerzeugung über die Übertragung und Verteilung bis zum Stromexport wahrnahm. Zur Umsetzung des gemeinschaftlichen Besitzstandes wurden 2001 ein Elektrizitätsgesetz und ein Erdgasgesetz verabschiedet, die mit 1.1.2002 in Kraft traten. Im Zuge dessen wurde auch die Struktur des litauischen Energiesektors neu geregelt.

„LE“ wurde in drei Unternehmenseinheiten aufgeteilt:

- das zentrale Unternehmen behielt den Namen „LE“ und die Aufgaben eines Übertragungsnetzbetreibers, den Betrieb des nationalen Verteilungszentrums, die Koordination von Stromimport und Stromexport und zwei Wasserkraftwerke.
- „Rytu Skirstomieji Tinklai (RST)“ wurde das Stromversorgungsunternehmen für den östlichen Teil Litauens inkl. der Hauptstadt (689.000 KundInnen), und
- „Vakaru Skirstomieji Tinklai (VST)“ wurde der Stromversorger für den Westen des Landes mit der zweitgrößten Stadt Kaunas und der drittgrößten Stadt Klaipėda (656.000 KundInnen).

Die Marktöffnung auf dem Stromsektor galt zunächst für VerbraucherInnen ab 20 GWh Jahresverbrauch. 2002 wurde die Wahlberechtigungsschwelle auf 9 GWh reduziert, und seit 2003 veröffentlicht der Staat jährlich eine Liste mit wahlberechtigten KundInnen. Die vollständige Marktöffnung für alle KundInnen soll 2010 erfolgen. Die erklärte Marktöffnung auf dem Stromsektor betrug nach den gültigen Schwellenwerten 2003 somit etwa 26%.

Die Entflechtung des Übertragungsnetzbetreibers erfolgt über die Rechtsform, der Netzzugang Dritter ist geregelt, die Marktregulierung erfolgt ex-ante, aber der tatsächliche Marktanteil der beiden größten zwei Stromversorger, „Rytu Skirstomieji Tinklai AB (RST)“ und „Vakaru Skirstomieji Tinklai AB (VST)“, beträgt 98%. Auf dem Großhandelsmarkt ist eine starke Konzentration gegeben, „LE“ und „Mažeikiu elektrinė“ sind die beiden einzigen Stromgroßhändler.

Die gesamte Stromproduktion betrug 2002 17,5 TWh, wovon 6,8 TWh exportiert wurden. Auf der Basis eines langfristigen Liefervertrages hat „LE“ im Jahr 2002 84% des Exportstroms an die russische „Inter RAO JES“ für den Weiterverkauf geliefert. Hauptabnehmer sind die Russische Föderation, Lettland, Estland und Polen. Rund 75% des litauischen Stroms werden im Atomkraftwerk Ignalina erzeugt. Dort betreibt das litauische Energieministerium zwei 1500 MW-Reaktoren russischer Provenienz vom Typ des Tschernobylreaktors.

1998 kaufte die schwedische „Vattenfall“ 5% der „LE“-Anteile. „Vattenfall“ stockte seine Beteiligung zunächst auf, verkaufte aber im Oktober 2000 sämtliche Anteile (mittlerweile 10,9%) an die schwedische Sydcraft, einer Tochter der deutschen „E.On“.

Nach der Entflechtung bzw. Teilung von „LE“ hielt Sydcraft/E.On 20,28% der Anteile von „RST“ sowie 14,62% von „VST“. Darüber hinaus hält E.On 35,7% des staatlichen Gaskonzerns Lietuvos Dujos, der bei den Kleinverbrauchern eine Monopolstellung hat.

Im April 2003 wurde der Verkauf der Wärmekraftanlage Kaunas abgeschlossen, den Zuschlag hatte nach einem Ausschreibungsverfahren der russische Gigant „Gazprom“ erhalten.

Im Juli 2003 wurden 71,35% der Anteile von „RST“ und 77% von „VST“ zur Privatisierung ausgeschrieben. Potentielle Käufer konnten sich an beiden Ausschreibungen beteiligen, aber lediglich ein Unternehmen erwerben. Im Dezember 2003 erhielt das Konsortium „NDX-Energija“ den Zuschlag für die „VST-Anteile“ um € 156 Mio. Die Privatisierung von „VST“ war nach dem Verkauf von „Lietuvos Telekomas“ die zweitgrößte Privatisierung in Litauen. Das Bieterverfahren für die Anteile von „RST“ wurde von der litauischen Regierung im März 2004 ausgesetzt. Der einzige Bieter war das estische Unternehmen „Eesti Energia“, das bereits einen Schuldenstand von € 289 Mio. angehäuft hatte. Laut Medienberichten will die Regierung das hochprofitable Unternehmen jetzt weiter unter staatlicher Kontrolle behalten.

Im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen hatte sich Litauen verpflichtet, Block 1 von Ignalina bis 2005 stillzulegen und Block 2 bis 2009 vom Netz zu nehmen. Im Zuge der Verhandlungen verabschiedete die Regierung 2001 ein entsprechendes Stilllegungsprogramm. Der ehemalige Präsident Rolandas Paksas forderte von der EU Mittel für einen neuen, modernen Reaktor am Standort des Kraftwerkes. Umweltschützer fürchten, dass mit der Öffnung des Strommarktes und der Privatisierung keine EU-Gelder in den Neuausbau fließen und die Risikoreaktoren von Ignalina noch mehrere Jahre im Netz bleiben.

Die Marktöffnung des Gassektors ist zwar nominell bereits weiter vorangeschritten – die erklärte Marktöffnung liegt bei etwa 80% - aber die Entflechtung des Übertragungsnetzbetreibers erfolgt nur über die Buchführung. Der Marktzugang Dritter ist geregelt, die Regulierung des Gasmarktes (Tarifkontrolle) erfolgt ex-post und das Tarifsysteem für die Gasübertragung ist ein „Briefmarkenentgelt“.

Bis 2002 war ein Drittel der „Lietuvos dujos“-Anteile (derzeit 35,7%) an „E.On“ verkauft worden, 2004 wurden 34% der Anteile an die russische „Gazprom“ verkauft. Dabei wurde auch der Liefervertrag mit „Gazprom“, dem einzigen Erdgaslieferanten, bis 2015 verlängert.

Im Bereich der Fernwärme erfolgte eine vollständige Privatisierung über das litauisch-französische Unternehmen „Litesko“ und über die in Litauen eingetragene finnische Kapitalgesellschaft „Suomijos energija“. „Litesko“ hat Pachtverträge mit einigen Wärmeversorgungsunternehmen abgeschlossen und „Suomijos energija“ hat mit Wärmezulieferern gemeinsame Unternehmen vor Ort (im Eigentum von „LE“) gegründet.

2.4. Gesundheit

Litauen hat nach der Unabhängigkeit begonnen, sein zentralistisches Gesundheitswesen zu reformieren. Seit 1996 gibt es eine einheitliche gesetzliche Pflichtversicherung. Private Vollversicherungen spielen keine Rolle. Es gibt zwar einige private Krankenversicherer, sie konzentrieren sich aber auf den Versicherungsschutz im Ausland.⁴

Die gesetzliche Pflichtversicherung gewährleistet grundsätzlich allen EinwohnerInnen eine kostenlose Gesundheitsversorgung, ausgenommen sind Zahnarztbesuche und die Arzneimittelversorgung. Arzneimittel sind in Litauen nur für einen begrenzten Personenkreis kostenlos: für Kinder unter drei Jahren (für Kinder im Alter von 3 bis 16 Jahren erstattet die Krankenkasse 80% der Arzneikosten), für Schwerbehinderte und für PatientInnen mit bestimmten, meist chronischen Krankheiten wie Krebs, Diabetes, Tuberkulose oder Aids. Medikamente in Krankenhäusern sind dagegen für alle Patienten kostenlos. Trotz dieser Einschränkungen beträgt der Anteil der Arzneimittelkosten an den Gesamtausgaben der Krankenversicherung etwa 30%.

Die Pflichtversicherung steht unter der Kontrolle des Gesundheitsministeriums. Sie gliedert sich in zehn regionale Einheiten und wird vor allem aus Steuern finanziert. Die staatlichen Einnahmen aus der Einkommensteuer decken über die Hälfte der Ausgaben! Darüber hinaus ist die gesetzliche Krankenversicherung auch an die Arbeitseinkommen von Angestellten und Selbstständigen gebunden.

Der Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung sind mit jeweils 3 % gering. Insgesamt deckten die Beitragszahlungen nur ein Fünftel der Krankenkassenkosten.

Die Gesundheitsausgaben betragen 2002 laut WHO 5,75% des Bruttosozialprodukts. Vor allem die medizinische Erstversorgung ist vergleichsweise günstig. Den ÄrztInnen werden Kopfpauschalen vergütet, die sich am Alter der PatientInnen orientieren. Diese Verrechnung bitte zwar keinen Effizienzreiz, ist aber günstig wegen des geringen Verwaltungsaufwands. Leistungen der Präventionsmedizin wie z.B. Impfungen werden gesondert verrechnet. Die Erstversorgung erfolgt in unterschiedlichen Gesundheitseinrichtungen: Gesundheitszentren, Polikliniken, allgemeinärztliche chirurgische Praxen und Ambulanzen. An Schulen oder in Verwaltungsgebäuden gibt es außerdem so genannte „Paramedical Centers“. Davon gibt es insgesamt etwa 1.000, die vor allem in ländlichen Gebieten eine große Bedeutung haben. Sie sind nicht mit ÄrztInnen, sondern mit Pflegekräften, Rettungssanitätern, Hebammen und medizinischen AssistentInnen besetzt (ohne komplette Arztausbildung). Die Gehälter der MedizinerInnen in diesem Bereich – es sind größtenteils Frauen – sind vergleichsweise gering.

Fast alle Litauer sind bei einer der oben genannten Erstversorgungseinrichtungen oder bei einem Arzt eingeschrieben. Ein Wechsel ist nur einmal im Jahr möglich. Die Arztdichte in Litauen lag 2002 nach WHO-Angaben bei knapp 4 ÄrztInnen je 1.000 Einwohner und damit deutlich höher als etwa in den baltischen Nachbarstaaten.

Facharztbesuche ohne Überweisung müssen PatientInnen selbst bezahlen. Anlaufstelle für aufwändigere und nichtstationäre Behandlungen sind die etwa 120 Polikliniken, in denen auch ambulant operiert wird. Über 90% der Facharztbehandlungen finden in den Polikliniken statt. Ende der 90er Jahre gab es in Litauen 175 Krankenhäuser mit einer relativ hohen Bettenanzahl. Laut WHO kamen 2002 auf 10.000 Einwohner knapp 90 Betten (Deutschland

⁴ Zusammenfassung aus AOK-Bundesverband: Gesundheitssysteme der Beitrittskandidaten: 3. Litauen. Presseservice Gesundheit

2001: 67 Betten). Damit ist die Bettenzahl im Vergleich zu 1990 um etwa 25% gesunken, gleichzeitig stiegen die Einweisungszahlen jedoch um mehr als ein Drittel. Es gibt aber nach wie vor keine Kapazitätsprobleme in der stationären Versorgung.

Der stationäre Sektor hat im Jahr 1998 über 42% der Ausgaben der Krankenversicherung verursacht. Die Krankenkasse bezahlt die Kliniken nach Fallpauschalen. Dazu wurde für 50 Diagnosegruppen auf der Basis von Tageskosten und Behandlungsdauer jeweils eine fixe Summe festgelegt.

Die litauische Gesundheitspolitik hat sich das Ziel gesetzt, den Anteil privatärztlicher Versorgung zu erhöhen. Es findet bisher jedoch kaum Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Praxen statt. Lediglich in der Zahnheilkunde versorgen Privatärzte knapp 80 % der PatientInnen, in der Frauenheilkunde sind es 20%.

Problematisch ist für Litauen die vollständige Öffnung des Arbeitsmarktes. Eine Untersuchung hat ergeben, dass 26% der praktizierenden Ärzte planen, nach dem EU-Betritt in ein altes EU-Land auswandern zu wollen. Bei den litauischen MedizinstudentInnen liegt diese Rate sogar über 60%.⁵

2.5. Kultur

Die Bedeutung der litauischen Volksdichtung ist hoch. Die etwa 600.000 Volkslieder, Märchen, Sagen und Legenden waren immer ein identitätsstiftendes Element und halfen, die litauische Sprache und Kultur zu erhalten.

Zu Sowjetzeiten war das Kulturmanagement stark zentralisiert und die Organisation des Kulturschaffens und die Erfüllung kulturpolitischer Zielvorgaben lag unter der ideologischen Kontrolle der Kommunistischen Partei.

Im Jahr der Unabhängigkeitserklärung 1990 konstituierte sich der „Litauische Kulturkongress“, der die Aufgabe hatte, Richtlinien für eine nationale kulturelle Entwicklung zu erarbeiten. Seit Mitte der 90er Jahre versuchte der Kongress ein Dokument mit den „Grundprinzipien der Litauischen Kulturpolitik“ zu verfassen. Die hitzig geführten Debatten, an denen Künstler, Philosophen, Politiker und Pädagogen beteiligt waren, drehten sich um Themen wie „Demokratisierung der Kultur“, „Schutz des nationalen Kulturerbes“, „Garantie für die freie Ausübung und Vielfaltigkeit kulturellen Schaffens“ und „Selbstverwaltung der Kultur“. Ein Abschlussdokument konnte erst 2001 verabschiedet werden.

Auf der Liste der kulturpolitischen Prioritäten stehen der Schutz des kulturellen Erbes und die Pflege einer nationalen kulturellen Identität ganz oben. Angesichts der Geschichte Litauens sind diese Ansinnen nachvollziehbar. Kulturpolitik gilt in Litauen auch als wichtiges Mittel zum Auf- und Ausbau internationaler Kontakte. Im litauischen „Kulturentwicklungsprogramm und Aktionsplan 2002-2009“ finden sich auch die Unterstützung von Künstlern und Verbreitung künstlerischer Arbeiten, die Förderung kultureller Institutionen und der Teilnahme am kulturellen Leben sowie die Entwicklung der Informationsgesellschaft.

In Litauen gibt es sieben nationale Kulturinstitutionen, die durch Steuergelder finanziert werden: die „Martynas Mažvydas Nationalbibliothek“, das „Litauische Nationalmuseum“, das „Litauische Art Museum“, das „Nationale M.K. Ciurlionis Art Museum“, die „Staatsoper“, das „Staatsballett“, das „Staatstheater“ und das „Nationale Philharmonieorchester“. Trotz finanzieller Engpässe arbeiten die kulturellen Institutionen Litauens auf hohem Niveau.

Viele andere Kultureinrichtungen wurden privatisiert und kämpfen mit mangelnden Management- und Marktkenntnissen. Mit dem „Gesetz über Wohltätigkeit und Unterstützung“ wurden 2000 private Kunst- und Kultureinrichtungen ermöglicht, die z.B. von der Mehrwertsteuer befreit sind, sobald sie den Status einer Non-Profit-Organisation erreicht haben.

⁵ Byrne, David (EU-Gesundheits-Kommissar) / Leiner, Prim.Dr. Günther: Pressegespräch „Gesundheit bedeutet Wohlstand“

2.6. Medien

Das nationale litauische Radio und Fernsehen „LRT“ ist eine öffentliche Rundfunkgesellschaft auf Non-Profit Basis. „LRT“ betreibt einen Fernseh- und zwei Radiokanäle. 90% des Budgets sind staatlich finanziert, der Rest stammt aus Werbeschaltungen. Seit einigen Jahren gibt es eine Debatte über den Rechtsstatus von „LRT“. Dieser soll dahingehend geändert werden, dass „LRT“ sich über Lizenzentnahmen und Gebühren auf Empfangsgeräte finanzieren kann.

Es gibt auch private Radio- und Fernsehstationen, die Lizenzierung erfolgt nach Ausschreibung durch die „Litauische Radio- und Fernsehkommission“. Stationen, die Originalprogramme mit kulturellen, Informations- oder Erziehungsinhalten garantieren, werden bevorzugt lizenziert. Programme mit erotischen oder gewaltverherrlichenden Inhalten unterliegen Einschränkungen. In den letzten zwei Jahren häuften sich aber Vorwürfe, auch der öffentliche Sender LRT würde sich zu einem reinen Kommerzsender entwickeln.

Die Zeitungslandschaft in Litauen ist lebendig und vor allem durch eine große Sprachenvielfalt gekennzeichnet. Praktisch alle im Land lebenden Minderheiten haben ihre (vom Staat geförderten) Zeitungen und Zeitschriften. Neben einer Reihe russischer und polnischer Zeitungen und Zeitschriften gibt es auch weißrussische und ukrainische Periodika. Die englischsprachige Wochenzeitung "Baltic Times" ist auch in Lettland und Estland präsent. Die Zeitung der jüdischen Gemeinde in Vilnius, „Jerusalem of Lithuania“, enthält Beiträge auf Litauisch, Russisch, Englisch und Jiddisch. Mit der „Baltischen Rundschau“ gibt es sogar eine deutschsprachige Zeitung.

Auf dem litauischen Printmedienmarkt dominieren die gleichen Trends wie in der „alten EU“: Medienkonzentration und Rückgang der LeserInnen. Die wichtigsten der neun täglich erscheinenden Zeitungen sind „Lietuvos Rytas“, „Kauno Diena“, „Lietuvos aidas“ und „Respublika“. „Lietuvos Rytas“ hatte 2001 eine Reichweite von 49.000 LeserInnen, im Jahr 1988 hatte die Zeitung noch etwa 500.000 LeserInnen. Bei „Kauno Diena“ verlief der Rückgang etwas weniger dramatisch von 113.000 (1990) auf 56.500 (1995) und 42.000 (2001). Die Zeitung befindet sich im Eigentum der norwegischen Mediengruppe Schibstedt.

Die meisten Medienunternehmen sind privatisiert worden, eine unabhängige Verlags- und Verteilungsstruktur ist entstanden. Auf dem Zeitungsmarkt dominiert ausländisches Kapital. Die Wirtschaftszeitung „Verslo Zinios“ gehört, wie eine Reihe ähnlicher Zeitungen in anderen Ländern, dem schwedischen Konzern „Bonnier“. Zuletzt hat sich auch die finnische Mediengruppe „Sanoma“ in Litauen nach möglichen Beteiligungen umgesehen.

Die durchschnittliche Zahl an Online-Periodika liegt bei 150, 33 davon sind die Online-Ausgaben von traditionellen Zeitungen oder Zeitschriften. „Lietuvos Rytas“ hatte eine Vorreiterrolle, das Online-Portal der wichtigsten Tageszeitung wurde bereits 1997 eröffnet und liegt heute bei 35.000-60.000 Seitenzugriffen pro Tag. Radio und Fernsehen gingen erst deutlich später online.

2.7. Pensionen

Das gegenwärtige Pensionssystem wird im „Gesetz über die Reform des Rentensystems“ vom Dezember 2002 geregelt. Das gesetzliche Rentenalter liegt bei 62,5 Jahren für Männer und 60 Jahren für Frauen. Die erste Säule des Systems besteht aus einer Rente, die durch Sozialversicherungsbeiträge finanziert wird. Die ArbeitgeberInnen zahlen 23,4% der Bruttolöhne in den staatlichen Pensionsversicherungsfonds. Im Falle eines Defizits wird die Solvenz des Fonds staatlich garantiert. Die öffentlichen Ausgaben für Pensionen lagen 2003 bei 5,3% des Budgets und somit mit am niedrigsten in der EU. Pensionsberechtigt sind Personen mit mindestens 15 Versicherungsjahren in Litauen. Daneben gibt es innerhalb der Grundrente zwei Typen von Mindestpensionen, die auch ohne die 15 Versicherungsjahre ausbezahlt werden: „Sozialpensionen“ werden an Personen im Rentenalter ausbezahlt, die die erforderlichen Beitragsjahre nicht nachweisen können, die ein behindertes Kind über mindestens 15 Jahre aufgezogen haben oder an Mütter mit fünf oder mehr Kindern. Unter

dem Titel „Staatspension“ wird eine Grundrente an behinderte Personen und an Soldaten ausbezahlt. Die durchschnittliche Einkommensersatzrate durch die Grundrente liegt bei 40%, die Ersatzrate bei Personen mit höheren Einkommen ist signifikant niedriger.

Die zweite Säule des Pensionssystems wurde im Dezember 2002 eingeführt. Es ist eine zusätzliche Pension, die auf die Grundrente aufgeschlagen wird. ArbeitnehmerInnen sollen einen Anteil von derzeit 2,5% des Bruttolohnes auf ein Pensionskonto bei einem Pensionsfonds oder einer privaten Pensionsversicherung einzahlen. Dieser Anteil soll bis 2007 schrittweise auf 5,5% angehoben werden.

Die dritte Säule ist eine private Pensionsversicherung auf freiwilliger Basis. Private Beiträge zu Renten- und Lebensversicherungen sowie Zahlungen an Pensionsfonds sind steuerlich abzugsfähig, solange sie 15 Prozent des Bruttoeinkommens nicht überschreiten.

2.8. Post

Die staatseigene litauische Post („Lietuvos Paštas“) besitzt die Ausschließlichkeitsrechte für den Brief- und Postanweisungsdienst. Sie ist verpflichtet, einen universellen Postdienst im Einklang mit den EU-Bestimmungen anzubieten. Im Oktober 2001 beschloss das litauische Parlament ein Gesetz zur Änderung des Postgesetzes, das mit 1.1.2002 in Kraft trat. Das Gesetz definiert die rechtliche Grundlage für Postdienste, reglementiert die Beziehungen zwischen Anbietern und sieht zusätzliche Funktionen für die Regulierungsbehörde vor.

„Lietuvos Paštas“ hat von 1998 bis 2002 etwa 6% der Bediensteten abgebaut (von 8.625 auf 8.117). Die operativen Kosten stiegen dennoch. Lediglich im Jahr 2002 gab es einen Rückgang, der durch die Einsparung mancher Management-Levels entstand. Im Jahr 2003 gab es in Litauen 945 Postämter, die ausschließlich von „Lietuvos Paštas“ betrieben wurden.

Bis 2006 will die EU-Kommission den Bericht über die graduelle Liberalisierung der universellen Postdienste in den Mitgliedstaaten ausgewertet haben, dann soll eine Entscheidung über die Voll liberalisierung getroffen werden. Die völlige Marktöffnung könnte nach diesem Zeitplan im Jahr 2009 erfolgen.

2.9. Sicherheit

Private Sicherheitsunternehmen gibt es in Litauen bereits seit über 10 Jahren. Und seit 1994 auch gesetzliche Regelungen „über die Sicherheit von Personen und Eigentum“. Mit 1.1.2005 tritt ein neues Gesetz in Kraft, das die Tätigkeit privater Sicherheitsdienste, den Personen- und Objektschutz und das Tragen Waffen bzw. den Waffengebrauch reglementiert. Im Jahr 2003 gab es 67 Private Sicherheitsdienste, bei denen etwa 10.000 Personen beschäftigt waren. Demgegenüber betrug die Polizeistärke etwa 20.000 Personen.

Die Lizenz für ein privates Sicherheitsunternehmen wird vom Innenministerium erteilt und gilt für 3 Jahre. Es gibt zwei Typen von Lizenzen, mit oder ohne Erlaubnis zum Tragen von Waffen. Das Mindestalter für Objekt- oder Personenschützer wird mit dem neuen Gesetz von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt. Die Grundausbildung und eine Eignungsprüfung werden vom Innenministerium durchgeführt, die Prüfung muss alle 3 Jahre erneuert werden. Zugelassen für den Erwerb einer Lizenz sind Unternehmen oder Personen aus EU und NATO-Staaten, ausgenommen sind Personen, die früher bei einem Sicherheitsdienst der UdSSR (KGB, NKVD, NKGB, MGB) beschäftigt waren.

Von großen internationalen Sicherheitsunternehmen ist bereits „Group 4 Falck“ auf dem litauischen Markt aktiv. „UAB Falck Security“ hat 1.569 Beschäftigte und betreut vor allem Unternehmen aber auch Botschaften und internationale Organisationen mit Sitz in Litauen.

2.10. Telekommunikation

Im Juni 1998 wurde ein Telekommunikationsgesetz verabschiedet, das die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes bis zum 31. Dezember 2002 vorsah. Bis dahin war die Telefongesellschaft „Lietuvos Telekomas“ Monopolist für Orts-, Fern- und Auslandsverbindungen. Im Juli 2002 wurde ein Gesetz zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes verabschiedet. Dieses Gesetz erläutert die Funktionen der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post, vereinfacht den Zugang zum Telekommunikationsmarkt und hebt die Lizenzvergabe für Telekommunikation auf.

Die tatsächliche Marktöffnung erfolgte mit 1.1.2003. Bis Jahresende 2003 hatten 14 alternative Anbieter ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Marktgröße lag 2003 bei etwa € 500 Mio. bei einer jährlichen Zuwachsrate von 6%. Im Juni 2003 waren 50% der Haushalte an das Festnetz angeschlossen. Bei der Digitalisierung des Festnetzes erreichte die „Lietuvos Telekomas (LT)“ 2003 90%. Im Juni 2003 hatte aber der Markt für Mobiltelefonie mit 1,9 Mio. aktiven SIM-Karten den Festnetzmarkt überholt (Marktdurchdringung 54%).

Auf dem Mobilfunksektor gibt es drei Betreiber: „Omnitel“ ist der größte Betreiber, das Unternehmen ist zu 55% im Besitz der „Amber Mobile Teleholding“, ein Konsortium der schwedisch-finnischen „Telia Sonera“. 35% sind im Besitz von „Motorola“, 10% sind in Privatbesitz. Der zweitgrößte Betreiber „Bite GSM“ ist zu 100% im Besitz der dänischen „TDC Mobile International“, der drittgrößte Betreiber ist die schwedische „Tele 2“. „Omnitel“ und „Bite GSM“ bieten GPRS-Services an, UMTS-Lizenzen wurden in Litauen bis Juni 2003 nicht vergeben.

Die Regulierungsbehörde für den Telekommunikationssektor „CRA“ wurde im Mai 2001 eingerichtet. Sie hat etwa 120 Angestellte, von denen rund ein Viertel mit der Regulierung des Telekommunikationsmarktes beschäftigt ist. Die Aufgaben umfassen die Reform des Nummernsystems, die Tarifierregulierung (Festlegung von Tarifobergrenzen), Streitschlichtung zwischen alternativen Anbietern und der „Lietuvos Telekomas“ sowie die Vorbereitung notwendiger Telekommunikationsgesetze. Die anderen Aufgaben der Behörde sind das Management der Radiofrequenzen und die Regulierung des Postwesens.

Parallel zur Liberalisierung erfolgte auch ein schrittweiser Verkauf der Staatsanteile der „Lietuvos Telekomas“, die (Stand Juni 2003) zu 60% im Besitz der „Amber Teleholding“, einem Unternehmen der staatlichen schwedisch-finnischen „Telia Sonera“ ist. Der Verkauf dieser Anteile erfolgte im Januar 1999, der Preis betrug rund € 380 Mio. 9% von „Lietuvos Telekomas“ befinden sich nach wie vor im Besitz Litauens, 26,3% werden über die Börse gehandelt und die verbleibenden 4,3% sind im Besitz von „UAB Lintkom“, einem Unternehmen der „LT“-Gruppe.

Die Internetnutzung ist in Litauen mit 24% Marktdurchdringung und 7,6% angeschlossenen Haushalten noch schwach. Grund dafür sind die hohen Kosten von „Dial up“-Verbindungen, nur 0,3% der Haushalte (2003) sind via Breitband an das Internet angeschlossen. Es gibt etwa 40 Internet Service Providers, aber „LT“ hat als Incumbent auf dem Festnetzmarkt auch den „Dial up“-Markt mit 67% Marktanteil fest in der Hand.

2.11. Verkehr

„Lietuvos Geležinkeliai“ (LG), die litauische Staatsbahn, ist ein privatrechtlich geführtes Unternehmen mit eigener Rechnungsführung. Infrastruktur und Transport buchhalterisch entflochten. Im Zuge der Anpassung der litauischen Gesetzgebung an die EU-Richtlinien (bzw. Eisenbahnpaket II) soll eine unternehmensrechtliche Trennung von Infrastruktur und Transport erfolgen.⁶

Im Jahre 2002 wurde eine Regulierungsbehörde eingerichtet, die dem Transportministerium untersteht. Sie ist zuständig für die Vergabe von Lizenzen, Sicherheitszertifikaten und für die Konfliktregelung zwischen Infrastrukturbetreiber und Dienstleistern. Im Grundsatz gewährt

⁶ Zusammenfassung von: IBM Business Consulting / Kirchner, Christian: „Liberalisierungsindex Bahn 2004“

Litauen inländischen und ausländischen Anbietern freien Zugang zu seiner Eisenbahninfrastruktur. Die Gesetzgebung zur Erteilung von Lizenzen und Sicherheitszertifikaten sowie zum Trassenzugang und zum Trassenpreissystem wird derzeit reformiert.

Die Bedeutung der Eisenbahn ist sowohl im Personenverkehr als auch im Güterverkehr rückläufig. Der Gütertransport auf der Schiene hat zwar in den vergangenen Jahren zugenommen, jedoch hat sich nach Auskunft des litauischen Transportministeriums der Modal Split im Güterverkehr von 1994 bis 2002 um 30% zu Ungunsten der Schiene entwickelt. Ähnlich verlief die Entwicklung beim Personenverkehr.

De facto hat die „LG“ also eine Monopolstellung sowohl im Güter- als auch im Personenverkehr. Jedoch verfügen derzeit vier weitere Anbieter über eine Lizenz für das litauische Streckennetz, die sie jedoch noch nicht nutzen.

2.12. Wasser und Abwasser

Im Mai 1998 hat sich der Gemeinderat von Vilnius – richtungweisend - dazu entschlossen, die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung unter Kontrolle der Gemeinde zu behalten und nicht zu privatisieren bzw. zu verkaufen. Das war auch eine Entscheidung gegen „Suez Lyonnaise des Eaux“ („Ondeo“). Der französische Gigant hatte in fünf Jahren intensiven Lobbyings versucht, eine Lizenz ohne vorherige Ausschreibung zu erhalten. Der Widerstand gegen die Privatisierung wurde vor allem von den lokalen Gewerkschaften getragen, die damit argumentierten, der Verkauf sei unnötig und würde höhere Kosten verursachen. Der Gemeinderat hat sich stattdessen für die Errichtung eines Entwicklungsfonds für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung entschieden. Es wurden Mittel der EBRD und die Weltbank, internationaler und nationaler Banken und Fonds eingebunden. Das Entwicklungsprogramm wurde von ExpertInnen der Wasserbehörde aufgezogen.

Im Dezember 2000 hat das Wasserversorgungsunternehmen „Vilniaus Vandeny's UAB“ von der polnischen „Kredyt Bank SA“ und der lettischen Vereinsbank-Tochter „A/S Vereinsbank Riga“ Großkredite für das Upgrading der Infrastruktur bekommen. Die Kredite waren staatlich besichert und mit ihrer Hilfe wurde die Qualität der Wasserversorgung in Vilnius auf EU-Standard gebracht, die Abwasserbehandlungsanlagen wurden ebenfalls modernisiert – ein bemerkenswertes Modell.

Die Wasserversorgung Litauens hat etwa 2.200 Versorgungseinrichtungen und 11.000km Leitungsnetz, das Land bezieht etwa 96% der gesamten Wasserversorgung aus Oberflächenwasser. Es gibt etwa 800 Abwasserentsorgungseinrichtungen, das Entsorgungsnetz hat eine Länge 5.800km. Etwa 800 kommunale Unternehmen sind landesweit mit dem Betrieb und der Unterhaltung des Systems betraut, die meisten davon sind Mitglieder in der „Vereinigung der Litauischen Wasserversorger“.

Als Ergebnis der Dezentralisierung gehören alle Segmente des Systems den Gemeinden. Wegen der Verpflichtung Litauens, seine Abwasserentsorgung bereits vor dem EU-Beitritt den EU-Standards anzugleichen, hat die Regierung die Gemeinden und Unternehmen dazu aufgefordert, zusätzliche Geldmittel für die Infrastrukturerneuerungen zu besorgen. Nicht berücksichtigt wurde, dass die Unternehmen, die ohnehin auf finanziell schwachen Füßen stehen, durch die Zinslast weiter belastet werden, vor allem die Versorger kleinerer Gemeinden können nicht profitabel agieren. Notwendige Infrastrukturinvestitionen müssen unterbleiben und stattdessen nehmen die Instandhaltungsarbeiten laufend zu. Es gibt kaum einen Wasserversorger, der so profitabel wirtschaften kann, dass auch die notwendigen Investitionen getätigt werden können.

Zur Verbesserung der Situation überlegt die Regierung, ein neues „Wasserressourcengesetz“ einzuführen. Das soll eine klare Abgrenzung des Wassermarktes, die Prozeduren zur Erlangung einer Versorgungslizenz und Qualitätsanforderungen beinhalten. Die österreichische Firma Posch & Partners hat in den Jahren 2002-2003 einen Generalplan zur Wasserversorgung im Nemunas Hochland

Flussgebiet erarbeitet. Der Generalplan setzt sich aus einer Machbarkeitsstudie bestehend aus einer Erhebung der Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen, der rechtlichen Rahmenbedingungen und einem institutionelles Setup zusammen. Zusätzlich wurde in dem Projekt ein dynamisches Tarifmodell mit hoher sozialer Verträglichkeit entwickelt.

2.13. Wohnen

Auf dem Wohnungssektor gab es bereits Anfang der 90er Jahre massive Privatisierungen. 1989 lag der Anteil des Wohnungsbestandes im Staatsbesitz noch bei über 70%, 1994 waren dagegen bereits 84% der Wohnungen in Privatbesitz. Rund um die Privatisierung entstand ein gänzlich neuer Dienstleistungsbereich, denn es wurden Immobiliengesellschaften und Maklerunternehmen gegründet, aber auch ein staatliches Grundbuch und Katasteramt sowie ein Zentrales Hypothekenbüro geschaffen.

Im Jahr 2001 gab es in Litauen 1.291.727 Wohnsitze. 738.176 und mit 57,1% der Großteil der Wohneinheiten waren private Mehrfamilienhaushalte in Häusern mit jeweils 3 oder mehr Wohneinheiten. 481.548 Wohneinheiten oder 37,3% waren private Einfamilienhaushalte oder Zweifamilienhaushalte. Die verbleibenden 5,5% teilten sich auf Wohnungen von Wohnbaugenossenschaften (40.360 Einheiten) und Sozialwohnungen (31.363 Einheiten). Mittlerweile gibt es in Litauen keine Wohnbaugenossenschaften mehr, diese wurden durch „Hauseigentümerverbände“ abgelöst, sodass der private Anteil bei 97,6% liegt.

Nach Angaben von „Statistik Litauen“ leben etwa 87% der Haushalte in der eigenen Wohnung, 8% leben in einer Wohnung, die sich im Besitz von Freunden oder Verwandten befindet und lediglich 3% leben in einer Mietwohnung eines anderen privaten Eigentümers.

Im Wohnungsneubau gab es seit 1990 einen starken Rückgang des staatlichen Wohnungsneubaus, der nicht annähernd durch den Anstieg des privaten Wohnungsneubaus kompensiert wurde. 1990 wurden insgesamt noch 22.100 Wohneinheiten fertiggestellt, im Jahr 2001 waren es nur noch 3.785 Wohneinheiten. Der Grund für den Rückgang dafür liegt in einem Rückgang der Wohnungsnachfrage, nach Auskunft der Bauträgervereinigung könnte der private Sektor bis zu 20.000 Einheiten pro Jahr fertig stellen. Es gibt zwar eine aufgestaute Wohnungsnachfrage, aber dabei handelt es sich um Haushalte, die einen Antrag auf gefördertes Darlehen (88.771 Haushalte) oder auf eine Gemeindewohnung (18.730 Haushalte) gestellt haben. Somit lag die gesamte Wohnungsnachfrage im Jahr 2002 etwa bei 100.000 Einheiten. Aber etwa 54% der Haushalte leben am Existenzminimum und können sich daher kaum eine neue Wohnung leisten. Auch deshalb ist der Neubau so gering geworden. Entspannend auf die Wohnungsnachfrage wirken die seit einigen Jahren rückläufigen Geburtenraten, die zu einem Bevölkerungsrückgang um 5,2% von 3.674.802 (1989) auf 3.483.972 (2001) geführt haben.

Die Kaufpreise für größere Wohnungen lagen im Jahr 2002 – gemessen am Durchschnittseinkommen von € 320 (2001) – vor allem in der Städten Litauens enorm hoch:

Verkaufspreise für Wohnungen in Litauen, 2002 (in €)

	Neubau (120-200m ²)		Renovierter (Altbau 120-180m ²)		Unrenovierter Altbau (120-180m ²)	
	Min.	Max.	Min.	Max.	Min.	Max.
Vilnius, Stadtzentrum	111.240	231.600	111.240	208.440	55.560	119.890
Vilnius, repräsentative Außenbezirke	97.320	208.600	90.360	187.740	41.760	104.220
Kaunas, Stadtzentrum	27.840	185.400	--	--	--	--
Kaunas, Vororte	17.400	104.200	--	--	--	--
Klaipeda Vororte	90.360	208.600	76.440	166.860	48.600	114.660

Quelle: „Ober-Haus Liegenschaftsgesellschaft“ in: www.iut.nu

3. Quellennachweis

AOK Bundesverband: Gesundheitssysteme der Beitrittskandidaten: 3. Litauen. Presseservice Gesundheit (http://www.aok-bv.de/presse/presseservice/psgarchiv/polarchiv/index_01021.html, Download am 25.10.2004)

Balcytiene, Aukse: "Contours of Online Press" (<http://www.infobalt.lt/new/renginiai/konferencijos/2001/IV2001/?i=1288>, Download am 19.10.2004)

Bergesen, Christopher: Platts UDI Country Profile Lithuania (<http://www.platts.com/Electric%20Power/Databases%20&%20Directories/UDI%20Data%20&%20Directories/Electricity%20Bookmarks/countryprofile.html>, Download am 26.9.2004)

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Deutschland): Leitfaden Abfallwirtschaft und EU-Erweiterung (Stand: 01. April 2004) http://www.bmu.de/files/leitfaden_eu_erweiterung.pdf (Download am 1.6.2004)

Byrne, David (EU-Gesundheits-Kommissar) / Leiner, Prim.Dr. Günther: Pressegespräch „Gesundheit bedeutet Wohlstand“ (Presstext-Aussendung, <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=031003016>, Download am 25.10.2004)

Cetkauskaite, Anolda/Jakstaite, A. : Waste water treatment in Lithuania from 1950 to 1990

IBM Business Consulting / Kirchner, Christian: „Liberalisierungsindex Bahn 2004. Vergleich der Marktöffnung der Eisenbahnmärkte der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, der Schweiz und Norwegens“, Berlin 2004. Studie der IBM Business Consulting Services in Zusammenarbeit mit Prof.DDr. Christian Kirchner, Humboldt-Universität zu Berlin

IBM Business Consulting Services im Auftrag der EU Generaldirektion Informationsgesellschaft: 4th Report on Monitoring of EU Candidate Countries (Telecommunication Services Sector), Luxemburg 16.12.2003

Kazlauskas, A.: Social Insurance and Pension Reform in Lithuania (<http://www.onyf.hu/picker.php?id=brontasotrydhernpre>, Download am 25.10.2004)

Laiskonis, Alvydas: „Les réformes du système de santé publique en Lituanie et les problèmes à résoudre“, Vortrag auf der Konferenz des Österreichisch-Französischen Forums in Lille 2003 (http://www.oefz.at/fr/Lillesante03/Interventions/Laiskonis_txt.pdf, Download am 25.10.2004)

Natali, David: Lithuania – The Reformed Pension System ([http://socialsecurity.fgov.be/news/impact_arresten_europees_hof_justitie/LITHUANIA-\(MOC\).doc](http://socialsecurity.fgov.be/news/impact_arresten_europees_hof_justitie/LITHUANIA-(MOC).doc), Download am 25.10.2004)

NERA: Economics of Postal Services: Final Report: Appendices. Report für die EU-Kommission, Juni 2004 (http://europa.eu.int/comm/internal_market/post/doc/studies/2004-nera-appendices_en.pdf, Download am 18.10.2004)

Pumputis, Alvydas/Kurapka, Egidijus: Innere Sicherheit in Litauen; Private Sicherheitsdienste in Litauen, in: Ottens, Reinhard/Olschok, Harald/Landrock, Stephan: Recht und Organisation privater Sicherheitsdienste in Europa, Stuttgart, 1999, S. 303-326

UNECE: "Country Profiles on the Housing Sector: Lithuania" (<http://www.unece.org/env/hs/cph/lithuania/welcome.html>, Download am 25.10.2004)

Vilniaus Bankas: Lithuanian Energy Sector, Oktober 2002

4. Weiterführende Links

<http://www.coess.org/> – Confederation of European Security Services

<http://www.culturalpolicies.net/> – Compendium Cultural Policies in Europe (in engl. Sprache)

<http://www.electionworld.org/lithuania.htm> – Parteien und Wahlen (in englischer Sprache)

<http://www.group4securicor.com/home/countries/lithuania.htm> - Group 4 Falck in Litauen

<http://www.iut.nu> - International Union of Tenants

<http://www.news.lt/> – News zu Politik und Gesellschaft (in englischer Sprache)

<http://www.regula.is.lt/> – Regulierungsbehörde für den Energiemarkt (nur Litauisch)